III. Abschnitt

Inanspruchnahme von nichtvolkseigenen Grundstücken

§ 35

Inanspruchnahme durch Kauf oder Tausch

Grundstücke, die für eine ständige Nutzung durch die Bedarfsträger benötigt werden, sind vorrangig durch Kauf oder Tausch in Volkseigentum zu überführen.

§ 36

Inanspruchnahme nach § 10 des Verteidigungsgesetzes

(1) Ist der Erwerb von Grundstücken für die im § 28 genannten Zwecke durch Kauf oder Tausch nicht möglich, hat die Überführung in Volkseigentum auf Grund des § 10 des Verteidigungsgesetzes zu erfolgen.

(2) Die Überführung in Volkseigentum nach § 10 des Verteidigungsgesetzes ist insbesondere dann durchzuführen, wenn der Erwerb durch Kauf oder Tausch in der für die Interessen der Verteidigung notwendigen Frist nicht möglich ist oder keine Einigung über den Kauf oder Tausch zustande kommt.

§ 37

Feststellung des Zustandes

Der Zustand der Grundstücke zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme ist durch Beauftragte des Rates des Kreises an Ort und Stelle festzustellen. Die Eigentümer oder sonstigen Verfügungsberechtigten bzw. deren Vertreter sind zur Teilnahme aufzufordern.

§ 38

Inanspruchnahmebescheid

(1) Die Inanspruchnahme erfolgt durch den Rat des Kreises durch Zustellung des Inanspruchnahmebescheides an den Verfügungsberechtigten.

(2) Je eine Ausfertigung des Bescheides erhalten außerdem der Bedarfsträger sowie die Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Kreises zur Berichtigung des Grundbuches.

§ 39

Rechtsfolgen

(1) Die in Anspruch genommenen Grundstücke gehen mit dem im Inanspruchnahmebescheid festgesetzten Zeitpunkt in das Eigentum des Volkes über. Gleichzeitig erlöschen alle dinglichen Rechte.

(2) Miet- und Pachtverhältnisse sowie andere vertragliche oder gesetzliche Rechte zur Nutzung der Grundstücke erlöschen mit dem Zeitpunkt der Übernahme des Grundstückes bzw. dem im Inanspruchnahmebescheid festgesetzten Zeitpunkt der Inanspruchnahme.

§ 40

Inanspruchnahme zur zeitweiligen Nutzung

(1) Werden nichtvolkseigene Grundstücke für die im § 28 genannten Zwecke nur vorübergehend benötigt, kann eine Inanspruchnahme zur zeitweiligen Nutzung erfolgen, sofern ein Miet-, Pacht- oder Nutzungsvertrag nicht zustande kommt.

(2) Alle Befugnisse zur Nutzung ruhen insoweit, als sie dem mit der Inanspruchnahme verfolgten Zweck entgegenstehen.

(3) Durch die Inanspruchnahme betroffene Nutzer können bestehende Nutzungsverhältnisse mit Beginn der Inanspruchnahme beenden.

(4) Die §§ 26, 27 Abs. 4 und § 38 sind entsprechend anzuwenden.

Teil D

Schlußbestimmungen

§ 41

Änderung der staatlichen Aufgaben

Änderungen der staatlichen Aufgaben, die durch Leistungen nach dieser Verordnung erforderlich werden, sind von den Leistungs- bzw. Unterbringungspflichtigen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu beantragen.

§ 42

Leistungen für die verbündeten Streitkräfte

Die Anforderungen von Sach- und Dienstleistungen, Unterkünften und Grundstücken für die Streitkräfte der verbündeten Staaten sind vom Ministerium für Nationale Verteidigung zu koordinieren und durch die zuständigen staatlichen Organe zu bearbeiten.

§ 43

Leistungsbefreiung

Die diplomatischen, konsularischen und anderen Vertretungen ausländischer Staaten, ihre Mitarbeiter, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, und deren Familienangehörigen unterliegen nicht der Leistungs- und Unterbringungspflicht.

§ 44

Einspruchsrecht

(1) Einsprüche gegen den Auflage- und Leistungsbescheid, den Unterbringungsbescheid sowie den Inanspruchnahmebescheid sind innerhalb von 14 Tagen nach Eingang beim Leistungs- bzw. Unterbringungspflichtigen an das staatliche Organ zu richten, das den Bescheid erteilt hat. Soweit dieses dem Einspruch nicht abhilft, ist er unverzüglich dem übergeordneten Organ zuzustellen, das innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt endgültig entscheidet.

(2) Einsprüche haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Im Verteidigungszustand entfällt das Einspruchsrecht.

§ 45

Entschädigung

Die Entschädigungs- und anderen Vermögens- und finanzrechtlichen Fragen sind in besonderen Bestimmungen geregelt.

§ 46

Durchsetzung der Leistungen

Ist der Leistungs- oder Unterbringungspflichtige verhindert oder weigert er sich, der ihm übertragenen Leistungspflicht nachzukommen, sind die zuständigen staatlichen Organe und im Verteidigungszustand auch die Bedarfsträger berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die im Interesse der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik geforderte Leistung sicherzustellen.